

Datum

29.10.2009

Nummer

391/2009

Thema

Denkmalschutz/Gasometer

Redaktion

-msh-

Claudia Hämmerling, MdA, erklärt zu den Planungen für den Schöneberger Gasometer:

Mogelpackung Energie-Universität

Noch 2007 sollte das geplante Europäische Energieforum am Gasometer ein Impuls zur Aufwertung des Areals auf der Schöneberger Linse sein (Drucksache 16/11504). Jetzt erklärt der Senat in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage das Gegenteil: Vorrangiges Ziel des betreffenden Bebauungsplans sei nicht die Schaffung eines Standorts für eine Europäische Energie-Universität, sondern die Ausweisung als Kerngebiet (Drucksache 16/13751).

Das Wissenschaftszentrum hat als politisches Argument für die Ausweisung als Kerngebiet ausgedient, denn inzwischen ist der Bebauungsplan festgesetzt. Obwohl in den Sternen steht, dass es je eine Europäische Energieuniversität geben wird, lässt das Planungsrecht jetzt zu, dass die Investoren auf der Schöneberger Linse vergleichbare Baumassen wie am Potsdamer Platz schaffen. Wieder einmal hat Berlin einen teuren Planungsvorteil für eine Bemühenszusage verschenkt, die nicht eingehalten werden muss.

Aber nicht nur das. Berlin erzielt keine Einnahmen dafür, dass Großflächenwerbung für einen Zeitraum von fünf Jahren das Denkmal Gasometer verschandeln darf. Dass Berlin mit der Änderung der Bauordnung 2006 auf Millioneneinnahmen für derartige Werbeprojekte verzichtet und die Sanierungskosten für den Gasometer nicht der Gasag auferlegt hat, ist bundesweit einzigartig und symptomatisch für das politische Desinteresse.

Es gibt keine Hoffnung, dass der Rechnungshof das Gasometer-Projekt einer unabhängigen Bewertung unterzieht, wie z.B. die Großflächenwerbung am Charlottenburger Tor durch die Stiftung Denkmalschutz, bei der es personelle Überschneidungen mit den Akteuren am Gasometer gibt. Dem schiebt der Senat mit der parteiischen

Neubesetzung der Stelle der Rechnungshofpräsidentin durch Staatssekretärin Dunger-Löper aus der Stadtentwicklungsverwaltung einen Riegel vor.

Ein Senat, der unabhängige Kontrollgremien durch Parteisoldaten besetzt, ist politisch am Ende. Wir fordern, die Planungen für die Energie-Universität durch einen unabhängigen Rechnungshof zu prüfen.

<http://www.claudia-haemmerling.de/2008/ka16-11504.pdf>

<http://www.claudia-haemmerling.de/2009/ka16-13751.pdf>